



Grußwort

von

**Hartmut Koschyk MdB
Beauftragter der Bundesregierung
für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten
Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen
Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages
Ko-Vorsitzender des Deutsch-Koreanischen Forums**

anlässlich des

**Deutsch-Koreanischen Friedens- und Wiedervereinigungsforums
des koreanischen Beratungsgremiums zu Fragen der
Wiedervereinigung (National Unification Advisory Council) in
Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung**

**am Mittwoch, dem 15. Oktober 2014
im Deutschen Bundestag**

Als Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages und deutscher Ko-Vorsitzender des bilateralen Deutsch-Koreanischen Forums ist es mir eine große Freude, Sie zum Deutsch-Koreanischen Friedens- und Wiedervereinigungsforum des koreanischen Beratungsgremiums zu Fragen der Wiedervereinigung (National Unification Advisory Council), das in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung stattfindet, willkommen zu heißen.

Mein besonderer Gruß gilt dem stellvertretenden Vorsitzenden des koreanischen Beratungsgremiums zu Fragen der Wiedervereinigung (National Unification Advisory Council), Herrn Hyun Kyung-Dae, der Vorsitzenden des Verbandes von NUAC in Nordeuropa, Frau Choi Wol-A, dem Gouverneur der Gyeonggi-Provinz und langjährigen Vorsitzenden der Koreanisch-Deutschen Parlamentariergruppe, Herrn Nam Kyung Pil, dem Botschafter der Republik Korea, Herrn Kim Jae-Shin, dem Repräsentanten der Hanns-Seidel-Stiftung in Korea, Herrn Dr. Bernhard Seliger und allen Referenten und Diskussionsteilnehmern. Auch möchte ich ganz besonders Herrn Kim Young-Soo von der Hanns-Seidel-Stiftung in Korea grüßen und ihm für seinen Einsatz bei der organisatorischen Ausgestaltung dieses Forums danken.

Ganz besonders herzlich danke ich dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB, dass er die Ausrichtung des Deutsch-Koreanischen Friedens- und Wiedervereinigungsforum im Deutschen Bundestag nachhaltig unterstützt hat und dieses Forum persönlich eröffnet. Damit setzt der Bundestagspräsident auch symbolhaft ein Zeichen, dass der Deutsche Bundestag die Bemühungen um die Fortentwicklung der deutsch-koreanischen Beziehungen und insbesondere auch die Überwindung der koreanischen Teilung nachhaltig unterstützt.

In diesem Sinne haben die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dem Entschließungsantrag "Die deutsch-koreanischen Beziehungen dynamisch fortentwickeln" am 25. Juni des vergangenen Jahres anlässlich des 130. Jahrestages der deutsch-koreanischen Beziehungen beschlossen, die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Korea auch in der Zukunft weiter

auszugestalten und in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur fortzuentwickeln. Unter anderem soll insbesondere der Austausch von Schülern, Studenten, Auszubildenden und jungen Berufstätigen aus beiden Ländern intensiviert und hierzu zwischen beiden Regierungen konkrete Maßnahmen vereinbart werden.

Ferner sollen laut Entschließungsantrag des Deutschen Bundestages auf Grundlage der Empfehlungen des jährlich stattfindenden Deutsch-Koreanischen Forums die politischen, wirtschaftlich-technologischen und kulturellen Beziehungen weiter ausgebaut werden und die gegenseitigen Märkte stärker für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zugänglich gemacht werden.

Der Entschließungsantrag enthält auch einen Passus, zur deutschen Unterstützung für eine innerkoreanische Annäherung mit dem Ziel einer Überwindung der koreanischen Teilung.

So wird die Bundesregierung aufgefordert „die politische Annäherung zwischen der Republik Korea und der Demokratischen Volksrepublik Korea mit dem Ziel einer Wiedervereinigung nach Kräften zu unterstützen und sich für eine demokratische Entwicklung im nördlichen Teilstaat einzusetzen“. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, „sich für eine Wiederaufnahme des multilateralen Forums der Sechs-Parteien-Gespräche, mit Beteiligung der beiden koreanischen Staaten, der Volksrepublik China, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Russischen Föderation und Japan, einzusetzen.“ Ferner gilt es, die Regierung der Republik Korea darin zu unterstützen, „durch Dialog und humanitäre Gesten die Entspannung auf der koreanischen Halbinsel auf der Grundlage klarer politischer Vorgaben und Überzeugungen zu fördern. Der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea müssen völkerrechtliche und politische Grenzen ihrer Aktionen deutlich bleiben. Die Bundesregierung trägt zu dieser Entspannung durch diplomatischen Dialog sowie durch die Ermutigung der Tätigkeit deutscher politischer Stiftungen, des Goethe-Instituts und des DAAD bei. Sie begrüßt weiter humanitäre Aktionen der Kirchen und der Deutschen Welthungerhilfe e. V. Die Volksrepublik

China soll zu weiterer politischer Unterstützung einer Entspannungspolitik auf der koreanischen Halbinsel ermutigt werden“, so der Entschließungsantrag des Deutschen Bundestages.

Ende März dieses Jahres wurde im Rahmen des Staatsbesuches der Präsidentin der Republik Korea, Frau Park Geun-Hye, in Berlin die Vereinbarung getroffen, die deutschen Bemühungen für eine innerkoreanische Annäherung zu intensivieren. Insbesondere wurde zwischen Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier und seinem koreanischen Amtskollegen Yun Byung-Se vereinbart, ein „Deutsch-Koreanisches Beratergremium zu außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung“ einzurichten. Das diesbezügliche Memorandum of Understanding wurde am 18. September unterzeichnet. Es freut mich sehr, dass mich Bundesaußenminister Steinmeier zum Mitglied dieses Expertengremiums benannt hat, das sich im Oktober dieses Jahres im Rahmen seines Besuches in der Republik Korea in Seoul konstituieren wird.

Auch als Folge des Besuches von Frau Staatspräsidentin Park Geun-Hye im März dieses Jahres in Berlin veranstaltet das koreanische Beratungsgremium zu Fragen der Wiedervereinigung (National Unification Advisory Council) heute dieses Deutsch-Koreanisches Friedens- und Wiedervereinigungsforum, das von Herrn stellv. Vorsitzenden Hyun Kyung-Dae geleitet wird. Die Bedeutung dieser koreanischen Einrichtung zu Fragen der Wiedervereinigung wird eindrucksvoll dadurch unterstrichen, dass deren Vorsitzende die koreanische Staatspräsidentin Park Geun-Hye ist.

Deutschland verband 40 Jahre mit Korea das Schicksal der Teilung. Insbesondere im Hinblick auf die Feierlichkeiten zum 24. Jahrestag der deutschen Einheit sollten wir daher in aller Bescheidenheit fragen, was Korea von Deutschland lernen könnte, wenn es um die Überwindung der Teilung auf der koreanischen Halbinsel geht.

Bereits am 1. Oktober 2010 haben der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Christoph Bergner MdB, und der stellvertretende Minister für Vereinigungsfragen der Republik Korea, Chun Sig Kim, in Berlin hierzu ein Memorandum of Understanding zur Konsultation in Wiedervereinigungsfragen unterzeichnet.

Beide Seiten erklären darin ihre Absicht, ein Expertengremium zu errichten, das den Austausch von Informationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen über den deutschen Vereinigungsprozess unterstützt und die Frage ihrer Nutzbarmachung für die koreanische Vereinigungspolitik erörtert. Unter anderem wird Deutschland soweit möglich der Republik Korea auf ihren Wunsch hin staatliche Dokumente und weitere historische Unterlagen zum deutschen Einigungsprozess zur Verfügung stellen.

Deutsche Erfahrungen im Hinblick auf Teilung, Annäherungspolitik und Einigungsprozess bieten der koreanischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zweifellos wichtige Anregungen für einen eigenen Weg. Für Einheit in Frieden und Freiheit sollten wir nicht aufhören, in aller Bescheidenheit zu fragen, was Korea von Deutschland lernen könnte, wenn es um die Überwindung der Teilung auf der koreanischen Halbinsel geht.

Hochrangige Persönlichkeiten, die in den Prozess der deutschen Wiedervereinigung involviert waren, haben seit der Unterzeichnung des „Memorandums of Understanding“ in Südkorea und Deutschland Gespräche geführt. Darunter auch Herr Parlamentarischer Staatssekretär a. D. Dr. Christoph Bergner MdB, der außenpolitische Berater des damaligen Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl, Herr Horst Teltschik, oder der letzte Ministerpräsident der DDR und Bundesminister für besondere Aufgaben, Herr Lothar de Maizière. Bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten gehörte dem Expertengremium auch der DDR-Bürgerrechtler des Neuen Forums und von der Volkskammer 1990 gewählte Vorsitzende des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, Herr Bundespräsident Dr. Joachim Gauck, an. Auch daraus gründet

sich die Verbundenheit unseres Bundespräsidenten mit den Menschen auf der koreanischen Halbinsel, die in seiner wegweisenden Rede in der Kaiserpfalz zu Goslar im vergangenen Jahr bei der Vorstellung der deutsch-koreanischen Gemeinschaftsbriefmarke zum Ausdruck kam.

Ganz besonders danke ich an dieser Stelle dem langjährigen Vorsitzenden der Koreanisch-Deutschen Parlamentariergruppe in der Koreanischen Nationalversammlung und Vorsitzenden der „Studiengruppe in der koreanischen Nationalversammlung über das deutsche Staatsmodell“, Herrn Nam Kyung Pil, der bei den zurückliegenden Regionalwahlen zum Gouverneur der Gyeonggi-Provinz gewählt wurde. Gouverneur Nam Kyung Pil hat sich herausragende Verdienste um die Fortentwicklung der koreanisch-deutschen Beziehungen erworben und auch das bilaterale Deutsch-Koreanische Forum durch seine aktive Teilnahme stets nachhaltig unterstützt.

Das wiedervereinigte Deutschland begleitet eingedenk seiner eigenen Teilung und deren Überwindung den koreanischen Annäherungsprozess mit großer Anteilnahme. Weil Deutschland und Europa ihre Teilung 1989/1990 friedlich überwinden konnten, unterstützen sie alle Bemühungen zur Überwindung der Teilung Koreas und wollen einen aktiven Beitrag zu Frieden, Stabilität und Demokratie auf der koreanischen Halbinsel und in der gesamten Region leisten. Davon zeugt insbesondere die geschlossene Haltung gegenüber dem martialischen Auftreten Nordkoreas unter dessen neuen Führer Kim Jong Un.

Die Bundesrepublik Deutschland hat viel Verständnis für die Situation in Korea und für den Wunsch der Republik Korea, auf eine Überwindung der Teilung hinzuwirken und dabei die Erfahrungen anderer Länder zu nutzen. Natürlich wissen wir, dass jedes Land seine eigenen historischen und politischen Gegebenheiten und Besonderheiten hat. Aber wir sind gern bereit, die Erkenntnisse und Erfahrungen, die wir bei der Lösung der deutschen Frage und bei der Gestaltung der Deutschen Einheit gewonnen haben, weiterzugeben.

Ich glaube, dass auch die Wiederannäherung Nord- und Südkoreas nur in internationalen Zusammenhängen gesehen werden kann. Auch dieser Prozess braucht zwingend die Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft – durch die Vereinten Nationen, durch die politischen „global player“, durch die regionalen Mächte und vor allem durch regionale Organisationen.

Auch wenn es mehr als 40 Jahre zwei deutsche Staaten gab und der Eiserne Vorhang in Europa mitten durch Deutschland verlief, auch wenn der Bau der Berliner Mauer 1961 Familien über Nacht trennte und jahrzehntelang zahlreiche Menschen an der innerdeutschen Grenze starben, waren die Infrastruktur- und Kommunikationskanäle im geteilten Deutschland nie ganz gekappt. Sie wurden im Laufe der Jahre vielmehr – nach meist mühseligen Verhandlungen – erhalten und ausgebaut.

Die Trennung der koreanischen Halbinsel ist viel radikaler, als sie es zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland je war, weil bis heute weder Menschen noch Information und Kommunikation die demilitarisierte Zone in wirklich nennenswertem Umfang überschreiten. Und so gibt es die Gefahr, dass die Sehnsucht nach Annäherung und Wiedervereinigung allmählich nachlässt, wenn es einmal die älteren Menschen, die noch eigene Erinnerungen an ein geeintes Korea haben, nicht mehr gibt.

Es ist daher Aufgabe der politisch Verantwortlichen, der Schulen und Universitäten, der Historiker und Kulturschaffenden, den Geist der Einheit in die jüngeren Generationen zu tragen, ihn wach zu halten und den jungen Menschen zu vermitteln, warum auch sie Interesse und Verantwortung dafür empfinden sollten, was im jeweils anderen Teil Koreas passiert.

Die in Freiheit lebenden Koreaner sollten sich aber nicht durch die Langsamkeit des Prozesses entmutigen lassen, sondern die Zeit nutzen, um sich über die Lage der Landsleute jenseits der DMZ zu informieren, Wissen zu erwerben, Verständnis zu

entwickeln und sich auch gesellschaftlich und politisch für Annäherung und Aussöhnung zu engagieren. Es ist genügend Zeit, um die zahlreichen möglichen Wege und Konzepte hin zur Einheit Koreas ausgewogen und fundiert zu diskutieren – wir Deutschen hatten 1989 keinen Plan in der Schublade.

Und so sind selbst kleinere politische und wirtschaftliche Fortschritte im bilateralen Verhältnis von großer Bedeutung. Jede Begegnung, jeder Kontakt und jeder Austausch ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt auf diesem Weg, der letztlich auch ohne Alternative ist.

Wenn ich höre, dass Skeptiker einer koreanischen Wiedervereinigung auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinweisen, die Deutschland nach seiner Wiedervereinigung zu bewältigen hatte und noch immer zu bewältigen hat, so plädiere ich doch für etwas mehr Realitätssinn und Augenmaß.

Sicherlich ist die koreanische Situation in zahllosen Punkten von der deutschen Lage 1989/90 verschieden. Wenn aber jemand die ökonomischen Herausforderungen der Deutschen Einheit gegen eine koreanische Wiedervereinigung auszuspielen versucht, muss ich betonen, dass wir diese gigantische Aufgabe zum weit überwiegenden Teil sehr gut gemeistert haben.

Natürlich müssen beide Seiten bei der Vereinigung zweier unterschiedlicher Volkswirtschaften Einschränkungen hinnehmen und Belastungen ertragen. Aber: Wer Einheit will, muss bereit sein zu teilen.

Im Hinblick auf die Teilung der koreanischen Halbinsel ist es daher richtig, die Bevölkerung bereits heute darauf vorzubereiten, dass eine Wiedervereinigung mit Kosten verbunden sein wird. Allerdings ist auch die Teilung Koreas, wie einst auch die Teilung Deutschlands, mit hohen Kosten verbunden, wie beispielsweise hohe Militärausgaben, Sonderausgaben für Provinzen entlang der demilitarisierten Zone oder Ausgaben für humanitäre Hilfe für Nordkorea. Besonders betonen möchte ich

hier auch die sogenannte Grenzlandförderung während der Deutschen Teilung. Die Ausgaben wären sicher nicht höher, wenn man in die Zukunft eines geeinten Korea investiert. Darüber hinaus kann man am Beispiel Deutschland sehen, dass sich die Zukunftsinvestitionen in die Deutsche Einheit gerade im Hinblick auf die zurückliegende Wirtschafts- und Finanzmarktkrise doppelt ausgezahlt haben: Kein Land in Europa hat die Finanzmarktkrise besser überwunden als Deutschland!

Ich kann unsere koreanischen Freunde also nur bitten, den Mut und die Hoffnung nicht zu verlieren. Wer keinen langen Atem hat, wer nicht zuversichtlich ist, wird ein so großes und wunderbares Projekt wie die Vereinigung seines Vaterlandes niemals zustande bekommen.

In diesem Jahr feiern wir in Deutschland den 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer. Die Geschichte des Mauerfalls und der Deutschen Einheit sowie des demokratischen Umbruchs in Mittel- und Osteuropas Anfang der 90er Jahre zeigen uns, dass eine offene, freiheitliche, demokratische Gesellschaft eine große Anziehungskraft, Ausstrahlung und Attraktivität besitzt – weil sie letzten Endes leistungsfähiger ist als alle konkurrierenden Gesellschaftsentwürfe totalitärer Staaten. Die Welt verändert sich rasant und somit entsteht das natürliche Verlangen nach Dynamik und Veränderung. Politische Stärke von Staaten besteht seit langem nicht mehr in Teilung, Isolation und Unfreiheit, sondern in Freiheit, Solidarität und Einheit.

Ich bin daher überzeugt, dass auch die Zeit eines geeinten Koreas kommen wird. Dies kann durchaus schneller als erwartet der Fall sein. Auch Anfang 1989 hat wohl kaum jemand in Deutschland, Europa und der Welt geglaubt, dass neun Monate später die Berliner Mauer fallen und Deutschland im Oktober 1990 wiedervereint sein wird. Es wird der Tag kommen, an dem unsere beiden Länder gemeinsam den 3. Oktober als Symbol ihrer wiedererlangten staatlichen Einheit gemeinsam feiern werden. Schließlich hat es die Geschichte gefügt, dass auch in Korea der 3. Oktober als Nationalfeiertag "Gä-Tschon-Dschol" für die staatliche Einheit steht: Es ist der

ationale Gründungstag des ersten Staates Koreas "Go-Dscho-Son" im Jahr 2333 vor Christus durch den Gründungsvater "Dan-Gun".

Ich bin überzeugt, dass die Themenschwerpunkte dieses Deutsch-Koreanischen Friedens- und Wiedervereinigungsforums zu den „Maßnahmen der Bundesregierung zur Schaffung einer Basis zur Wiedervereinigung und die Implikationen für Korea“ sowie zur „Menschenrechtspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der DDR und die Implikationen für Korea“, die Möglichkeit bieten, weitere Perspektiven für eine innerkoreanische Annäherung zu entwickeln.

Ich freue mich daher auf den Informationsaustausch und die Diskussion im Rahmen dieses Forums.